FRIEDENS JOURNAL

Neuer Faschismus - mit alten „Vorbildern“

Struktur des Neofaschismus - Quelle: www.neofa-ausstellung.vvn-bda.de
Vordergründig wirkt die neofaschistische Szene zersplittert. In Wirklichkeit sind diese Organisationen und Strömungen untereinander verflochten und ihre Anführer kämpfen um die Vorherrschaft im eigenen Lager.

- Faschismus heute
- Ukraine: Faschistische Kräfte wieder salonfähig
- Rechtspopulismus unter der Lupe
- Antifaschismus in Deutschland heute
- Antifaschismus konkret am Beispiel Dortmund
- Wer verteidigt im Gaza-Krieg was?

Herausgeber:
Bundesausschuss Friedensratschlag

Sept.-Okt. 2014/Nr. 5

Inhalt

SCHWERPUNKT

Faschismus heute 3

Antifaschismus in Deutschland heute 10

INTERVIEW

Ukraine: Faschistische Kräfte wieder salonfähig 6

BUCHBESPRECHUNG

Rechtspopulismus unter der Lupe 8

FRIEDENSBEWEGUNG

Antifaschismus konkret am Beispiel Dortmund 12

Wer verteidigt im Gaza-Krieg was? 14

RUBRIKEN

Genozid-Planspiele (jW) 5

Rechte Söldner in der Ukraine (n-tv) 7

Autoritärer Kapitalismus (AGF) 9

„Tod den Arabern und den Linken“ (jW) 15

REDAKTIONELLE INFO

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 31.08.14

Die nächste Ausgabe erscheint am: 08.11.14

IMPRESSUM

Das Friedensjournal erscheint 6-mal jährlich und ist zum Solibeitrag von 15,00 EUR über die Redaktionsanschrift zu beziehen.

Internet:
www.frieden-und-zukunft.de/?Friedensjournal

ISSN 2193-9233

Herausgeber:
Bundesausschuss Friedensratschlag
Germaniastraße 14, 34119 Kassel
www.friedensratschlag.de

Redaktion:
Hugo Braun, Christine Buchholz, Lühr Henken, Dieter Lachenmayer, Werner Ruf, Bärbel Schindler-Saefkow, Peter Strutynski, Horst Trapp, Ewald Ziegler
V.i.S.d.P.: Karl-Heinz Peil

Redaktionsanschrift:
Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.
c/o Gewerkschaftshaus Frankfurt,
Wilhelm-Leuschner-Straße 69 –77,
60329 Frankfurt am Main,
Tel.: 0 69/24249950 · Fax: 0 69/24249951
e-Mail: Frieden-und-Zukunft@gmx.de

Kontoverbindung:
Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.
Frankfurter Sparkasse
IBAN: DE20 5005 0201 0200 0813 90
BIC: HELADEF1822
(BLZ 500 502 01 – Kto.-Nr. 2 00 08 13 90)

Neuer Faschismus mit alten „Vorbildern“

Liebe Leserinnen und Leser,

bei der Planung dieser Ausgabe hatten wir ursprünglich den 75. Jahrestag des Kriegsbeginns am 1.9.1939 im Visier und das historische Motto: „Faschismus bedeutet Krieg“ - eine alte Parole der Arbeiterbewegung aus der Zeit vor 1933. Dass wir uns in den Beiträgen dieser Ausgabe jedoch weniger um den historischen, als um den aktuell zunehmend in Erscheinung tretenden Faschismus kümmern, ist der Aktualität geschuldet.

Doch zunächst ist natürlich eine grundlegende Betrachtung darüber notwendig, wie sich aus der Analyse des historischen Faschismus die richtigen Schlüsse ziehen lassen in Bezug auf heutige Bedrohungen. Die Politikwissenschaftler Guido Speckmann und Gerd Wiegel haben dazu in kompakter Form ein empfehlenswertes Buch geschriebenen, woraus wir in redaktionell bearbeiteter Fassung einen kleinen Auszug abdrucken.

Sehr dramatisch stellt sich der Einfluss von Faschisten derzeit in der Ukraine dar. Wir haben deshalb den Russland-Experten Kai Ehlers befragt, warum gerade in der Ukraine und anderen Ländern, die früher zur Sowjetunion gehörten, dieses Phänomen sehr ausgeprägt auftritt. Und inwieweit die historisch nachvollziehbaren antifaschistischen Reflexe in Russland instrumentalisiert werden für die Unterstützung der Separatisten im Südosten der Ukraine.

Neben dem offen auftretenden Faschismus ist die zunehmende Relevanz von rechtspopulistischen Strömungen besorgniserregend. Diese haben bei den Wahlen am 25. Mai starke Zuwächse in vielen EU-Ländern erzielt. Anlässlich des Bundeskongresses der VVN-BdA Anfang Juni wurde dieses von europäischen Antifaschisten deshalb eingehend analysiert (siehe Beitrag auf Seite 9). Ebenso wie bei der Thematik Faschismus ist aber auch hier eine grundlegende Analyse notwendig, die unterschiedlichste Bewegungen dieser Art in Europa und den USA berücksichtigen muss. Der Sozialwissenschaftler Phillip Becher hat dazu eine Studie vorgelegt. In der Buchbesprechung von Karl-Heinz Peil wird diese Studie vorgestellt.

In Deutschland spielt die traditionsgebundene VVN-BdA eine maßgebliche Rolle im Kampf gegen den Neofaschismus sowie in der – nach wie vor notwendigen – Aufklärung über den historischen Faschismus. Wir haben deshalb in dieser Ausgabe Beiträge der beiden Bundessprecher dieser Organisation. Ulrich Schneider hat mit seinem Buch „Antifaschismus“ eine kompakte Darstellung der antifaschistischen Arbeit seit 1945 vorgelegt. Wir bringen in dieser Ausgabe daraus einen kurzen Auszug, der sich speziell mit der heutigen Situation in Deutschland beschäftigt. Ulrich Sander ist neben seiner Funktion als Bundessprecher der VVN-BdA sehr stark in antifaschistische Aktivitäten in Dortmund eingebunden, die Schwerpunkt seines Beitrages für das Friedensjournal sind. Er stellt dar, wie sich vor Ort die Auseinandersetzung mit Neonazis unter wechselnden Bündniskonstellationen in den vergangenen Jahren bis heute gestaltet hat.

Eines der größten Probleme, die wir als Friedensbewegung derzeit in Deutschland haben, ist die systematische Verharmlosung von Faschisten. In Bezug auf deutsche Verhältnisse ist dieses im Prinzip nichts neues, wenngleich durch die NSU-Morde seit 2011 auch hier eine neue Qualität sichtbar geworden ist. Dass jedoch die Rolle faschistischer Kräfte in der Ukraine insbesondere bei deutschen Mainstream-Medien und der politischen Klasse weitestgehend geleugnet wird, muss bei uns alle Alarmglocken klingeln lassen – leisten diese Kräfte doch einen erheblichen Beitrag zur Eskalation des Ukraine-Konfliktes.

Die Redaktion

Buchveröffentlichung: Ein Spiel mit dem Feuer. Die Ukraine, Russland und der Westen

mit Beiträgen von Erhard Crome, Daniela Dahn, Kai Ehlers, Willi Gerns, Ulli Gellermann, Lühr Henken, Arno Klönne, Jörg Kronauer, Reinhard Lauterbach, Norman Paech, Ulrich Schneider, Eckart Spoo, Peter Strutynski (Herausgeber), Jürgen Wagner, Susann Witt-Stahl – erschienen im August 2014

Friedensinitiativen und Organisationen können das Buch (ab drei Exemplaren) direkt beim Herausgeber beziehen.
Per e-mail: peter.strutynski@gmx.de. Ansonsten ist das Buch über den Buchhandel zu bestellen
Unter PapyRossa: Köln 2014 (Neue Kleine Bibliothek 201), 213 Seiten, 12,90 EUR; ISBN 978-3-89438-556-9

Faschismus heute

Von Guido Speckmann und Gerd Wiegel, Politikwissenschaftler

Der Faschismus als Träger von politischer Macht existiert momentan nicht – und dennoch ist der Faschismus als Ideologie und politische Bewegung nicht tot. Ob er heute noch das Potenzial und die objektive Möglichkeit hat, zur Macht zu gelangen, das ist die entscheidende Frage. Um es frei nach Brecht zu formulieren: Der Faschismus ist weit in den Schoß, dem er entstammt, zurückgekrochen, ohne dass sich ausmachen lässt, wie fruchtbar der Schoß heute ist.

Was bleibt, sind Fragen: Ist der Faschismus beispielsweise ein geeigneter – Epochen übergreifender – Begriff, um derzeitige Erscheinungen angemessen zu beschreiben? Oder ist Faschismus ein Terminus, der für eine geschichtlich abgeschlossene Epoche steht. Der Historiker Ernst Nolte sprach sich in seiner 1963 erstmals erschienenen Studie »Der Faschismus in seiner Epoche« für letzteres aus: »Denn wenn es nach 1945 noch Faschismus gab und gibt, … so kann man ihm doch keinesfalls eine für das Bild der Epoche wesentliche Bedeutung zuschreiben, es sei denn, man entkleidete den Begriff weitgehend des überlieferten Gehaltes.«

Die entscheidende Frage bei dieser Aussage ist, was wesentlich für das Bild einer Epoche ist? Im Jahre 1914 war der Faschismus schließlich auch noch kein Epochen prägendes Phänomen, während das zehn bzw. 20 Jahre später völlig anders aussah. Es kommt also darauf an zu prüfen, ob faschistische Ideologie- und Politikelemente heute organisiert vorhanden sind und ob sie das Potenzial haben, in einer spezifischen Krisensituation die Politik entscheidend zu beeinflussen.

Faschismus-Vorwurf als inflationärer Begriff

Für Noltes Einschätzung spricht, dass der Faschismus ohne Zweifel zwischen 1918 und 1945 insbesondere Europa seinen Stempel aufgedrückt hat, während dies für die Zeit danach nicht der Fall ist. Zwar gab es zeitweilig mehr (neo-) faschistische Organisationen als in der Zwischenkriegszeit, allerdings waren diese in der Regel einflusslose Kleinstorganisationen, die nicht über die Entstehung einer Bewegung hinauskamen. Entscheidend ist jedoch, wie Faschismus – als Bewegung und als Regime – definiert wird. Die Diskussion darüber wurde im Zuge der Studentenrevolte von 1968 bisweilen mit mehr Leidenschaft denn analytischem Gehalt geführt. Das hatte zur Folge, dass von Seiten der Linken der Begriff eine inflationäre Anwendung fand (woran auch Differenzierungsversuche nichts änderten, die mit Begrifflichkeiten wie Faschisierung, faschistoid etc. arbeiteten). Im Grunde diente der Faschismusvorwurf häufig als politisch-moralisch schärfere Verurteilung des Kapitalismus (eine ähnliche Funktion hat häufig der Begriff Imperialismus). Bürgerliche Interpreten nutzen diesen Umstand dazu, das Kind mit dem Bade auszuschütten, sprich den Zusammenhang von herrschender bürgerlicher Klasse und Faschismus gänzlich in Abrede zu stellen. Eine vernünftige Diskussion der Frage, ob die Kategorie Faschismus heute noch sinnvoll ist, muss sich also zwischen den Polen inflationär-moralischer Anwendung und Preisgabe einer kapitalismus- und herrschaftskritischen Fundierung bewegen.

Begriffliche Abgrenzungen sind heute notwendig

Hinzu kommt, dass eine Abgrenzung zu anderen Begriffen unerlässlich ist, die politische Rechtsentwicklungen charakterisieren. Konkret: Was unterscheidet Faschismus vom Rechtsextremismus, was vom Rechtspopulismus oder vom Islamismus?

Nähern wir uns diesen Fragen, indem wir zunächst wesentliche Voraussetzungen des historischen Faschismus Revue passieren lassen. In Italien und Deutschland gelangte der Faschismus in einer Krisensituation der jeweiligen kapitalistischen Staaten an die Macht und wurde von der herrschenden Klasse als Schutz vor sozialen Unruhen und zur Abwehr des Einflusses der Arbeiterbewegung angesehen. Diese Vorbedingungen sind gegenwärtig in Europa offensichtlich nicht gegeben. Als objektive Voraussetzung des Faschismus wird überdies häufig auf die Sonderwegstheorie verwiesen, d. h. auf verspätete Nationen, die in Übergangskrisen zur kapitalistischen Moderne besonders aggressiv auf territoriale Expansion drängten. Zwar sind die heutigen globalen Strukturen weiterhin von ungleichzeitigen Entwicklungen und globalen Ungleichgewichten gekennzeichnet, doch angesichts von Globalisierung, dem Übergang vom Fordismus zum Postfordismus, der Herausbildung eines finanzmarktgetriebenen Kapitalismus etc. sind die aktuellen kapitalistischen Strukturen mit denen der Zwischenkriegszeit kaum noch zu vergleichen. Auch kann man die Tauglichkeit eines traditionellen Imperialismusbegriffs diskutieren. Treffender scheint heute zumindest das Bild eines kollektiven Imperialismus zu sein, der die zwischenimperialistische Konkurrenz zwar nicht beseitigt, sie aber überlagert und ihre kriegerische Austragung ausschließt.

Faschismus – historisch gegen linke Bewegung

Eine weitere Vorbedingung für die historischen Faschismen war der Eintritt der Massen in die Politik und die damit einhergehende Nationalisierung derselben, nachdem die Linke durch das Aufkommen faschistischer Massenbewegungen und die Beteiligung an bürgerlichen Regierungen ihr Monopol auf Systemveränderung aus dem 19. Jahrhundert verloren hatte. Die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg war die Zeit eines intensiven öffentlichen Engagements weiter Teile der Bevölkerung sowohl auf der Linken als auf der Rechten. Heute hingegen ist die Situation für die meisten westlichen Staaten wohl angemessener – ohne eine widerspruchsfreie Tendenz nahezulegen – mit einem Rückzug der Massen aus der Politik, mit Politikverdrossenheit gegenüber dem politischen System charakterisiert. Das führt zu einer weiteren Voraussetzung für den Faschismus, wie wir ihn in der Zwischenkriegszeit kennengelernt haben: Faschismus war eine Bewegung, die sich in erster Linie gegen die systemoppositionelle Mas-

senbewegung der sozialistisch-kommunistischen Linken wandte. Materielle Realität hatten die Ziele der kommunistischen Parteien in der Existenz der Sowjetunion gefunden. Heute gilt dieser Versuch einer Alternative zum Kapitalismus zwar zu Recht als gescheitert. Damals jedoch hatte er, insbesondere während die kapitalistischen Staaten mit der Weltwirtschaftskrise zu kämpfen hatten, eine große Ausstrahlungskraft. Erst als der Realsozialismus 1989/91 implodierte, war der Bourgeoisie die Angst vor einem alternativen Wirtschaftssystem erst einmal genommen. Die kommunistische Linke ist schon lange keine Massenbewegung mehr und die nominell sozialistischen (und sozialdemokratischen) Parteien vollzogen de facto eine neoliberale Wendung.

Das heißt: Die Bourgeoisie benötigt keine faschistische Partei oder Bewegung, weil derzeit kein nennenswerter sozialer Träger existiert, der den Kapitalismus grundlegend infrage stellt. Wenn man Faschismus mithin auf die Facetten von Antimarxismus und Antikommunismus reduziert, scheinen wir es mit einem historischen Begriff zu tun zu haben. Sein Ziel – die Ausschaltung des Marxismus und der Arbeiterbewegung – ist bis auf weiteres erreicht (was nicht bedeutet, dass es keinen Antikommunismus mehr gibt – im Gegenteil scheint dieser zur nachträglichen Delegitimierung der realsozialistischen Versuche und zur prophylaktischen Diskreditierung von Alternativen zum Kapitalismus notwendig zu sein).

Eine weitere Voraussetzung des historischen Faschismus – das Gefühl nationaler Demütigung – ist ebenfalls gegenwärtig nicht mehr von Relevanz. Zumindest, was die führenden westlichen kapitalistischen Staaten anbetrifft. In ökonomischer Hinsicht sprechen des Weiteren der relative wirtschaftliche Wohlstand, die Ausbildung der Wohlfahrtsstaaten nach 1945 und der damit verbundene konsumorientierte Materialismus sowie die Individualisierung und gesellschaftliche Atomisierung gegen die Herausbildung von Situationen, die das Heraufziehen einer neuen faschistischen Gefahr begünstigen. Nicht zuletzt haben demokratische und soziale Werte in den Staaten des historischen Faschismus inzwischen eine normative Verankerung erfahren. Und angesichts von Holocaust und Vernichtungskrieg hat der Faschismus selbst dazu beigetragen, dass er von den meisten Menschen weltweit moralisch geächtet wird.

Neuer Faschismus durch Politische Instabilität

Diese wesentlich veränderten Vorbedingungen sprechen folglich zurzeit gegen eine weitere Verwendung des Faschismusbegriffs im Sinne einer realen Machtoption in den westlichen Staaten. Die folgenden jedoch dafür: Da sind zum einen die Instabilitäten der polit-ökonomischen Ordnungen und die Wirkungslosigkeit alter politischer Optionen. Zwar ist von einem Ende der (neo-)liberalen Ordnung auch angesichts der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise seit 2008 noch nicht auszugehen. Risse im System des Finanzmarktkapitalismus, ein Schwinden des aktiven Konsenses der subalternen Klassen zu dieser Herrschaft, sind hingegen wahrnehmbar. Damit einher geht die Erschöpfung der herkömmlichen politischen Handlungsmöglichkeiten. Die bürgerliche Klasse scheint angesichts von vielfältigen, sich überlagernden, Krisen (Wirtschafts-, Ökologie-, Energie-, Staatsverschuldungs-, EU-Krise) kein Projekt zu haben, welches einen Ausweg erkennen lässt, wie es beispielsweise der New Deal während der Krise ab 1929 war. Die aktuellen Debatten über die Krise der Repräsentation, Postdemokratie – die Umgehung demokratischer Entscheidungsstrukturen bei gleichzeitiger Fortexistenz demokratischer Institutionen –, die bereits erwähnte Politikverdrossenheit, abnehmende Wahlbeteiligungsquoten sowie die Unterstellung von Staaten unter das Diktat von internationalen Finanzinstitutionen sind Belege für die Aushöhlung liberaler politischer Systeme. Hinzu kommen Umfrageergebnisse, die eine große und zunehmende Unzufriedenheit mit kapitalistischen bzw. marktwirtschaftlichen Ökonomien zum Ausdruck bringen, freilich ohne dass sich daraus automatisch linke Optionen ergeben.

Historisch war der Faschismus vor allem in relativ »jungen« Staaten mit unbefriedigten außenpolitischen Ambitionen und in solchen mit wenig gefestigten demokratisch-parlamentarischen Erfahrungen erfolgreich. Dieser Aspekt ist auch heute noch für die Existenz von faschistischen Organisationen von Bedeutung, was ein Blick insbesondere nach Russland und Ungarn verdeutlicht.

Aktuelle Unterschiede und gemeinsame Merkmale

Aktuelle Definitionen zeichnen sich durch ihren unterschiedlichen Umfang und durch die Variation bestimmter inhaltlicher Elemente aus. Daraus lässt sich ein Raster von Elementen ableiten, die mindestens vorhanden sein müssen, um von Formen des Faschismus sprechen zu können. Die Schwierigkeit und der Streit bestehen in der Gewichtung der unterschiedlichen Elemente: Ist etwa der Nationalismus als Element zentraler als der Rassismus? Ist die Bereitschaft zur terroristischen Gewalt eine Voraussetzung des Faschismus? Sind Krieg und Imperialismus wesentliche Inhalte des Faschismus? Wir können und wollen eine Gewichtung der Elemente nicht vornehmen, schlagen aber folgende Mindestbedingungen vor, um den Faschismusbegriff sinnvoll verwenden zu können:

1 Ideologische Bezugspunkte:

ein völkischer Nationalismus, verbunden mit der Vorstellung eines Wiederaufstiegs und einer Erlösung der Nation; Antisemitismus, Antikommunismus, die Wendung gegen Vorstellungen und Werte der Aufklärung (Liberalismus, Individualismus, Demokratie); eine rassistisch bzw. ethnisch begründete Vorstellung von Ungleichheit, die sich in der Organisation der Gesellschaft widerspiegeln soll.

2 Soziale Basis:

vorwiegend Mittelklassen, Kleinbürgertum, Handwerker, kleine Selbstständige in der Bewegungsphase; in der Regimephase ein politisches Bündnis mit den traditionellen Eliten aus Kapital, Militär, Bürgertum und Beamtentum.

3 Organisatorische Ausrichtung:

eine auf einer Massenbewegung fußende, auf einen Führer orientierte Partei; der Aufbau von paramilitärischen Gruppen, die terroristische Gewaltausübung gegen überwiegend linke politische Gegner und als Feinde erachtete Gruppen; die Verbindung zu den alten Eliten und die Festigung ihrer ökonomischen bei gleichzeitiger Infragestellung ihrer politischen Position.

4 Soziale Funktion:

entgegen des völkischen Antikapitalismus vor der Machterlangung Bewahrung des großen kapitalistischen Privateigentums, korporative Organisation der Wirtschaft, Unterdrückung von sozialen und politischen Rechten der arbeitenden Klassen bei gleichzeitiger terroristisch abgesicherter völkischer Homogenisierung der Gesellschaft und die Überwindung des Klassenkampfs und seine Ersetzung durch einen »Rassenkampf«.

5 Politische Praxis:

die gewaltsame Ausschaltung aller abweichenden, demokratischen und auf soziale Partizipation ausgerichteten Organisationen; die Ersetzung der Demokratie durch eine autoritäre, durch einen Führer repräsentierte Staatsform; die aggressive Wendung nach außen/imperialistischer Expansionsdrang zur Durchsetzung des versprochenen nationalen Aufstiegs.

Rechtspopulismus: In der Mitte der Gesellschaft

Nationalismus, Antisemitismus, Rassismus und sozialdarwinistisches Denken sind auch derzeit nicht nur in der extremen Rechten, sondern zunehmend in der Mitte der Gesellschaft virulent. Ebenso verbreitet sind weiterhin autoritäre Verhaltensweisen und Einstellungen sowie die damit verbundene Etikettierung von »Fremdgruppen« als Sündenböcke. Auf ideologischer Ebene finden sich also nach wie vor Voraussetzungen für faschistisches Denken. Zu einer faschistischen Bewegung im politischen Sinne werden sie aber erst, wenn sie einen organisatorisch gebündelten Ausdruck finden.

Der Text ist ein redaktionell bearbeiteter Auszug aus dem Buch: Faschismus - erschienen im Papyrossa Verlag in der Reihe Basiswissen Politik / Geschichte / Ökonomie
122 Seiten, 9,90 EUR.
ISBN-13: 9783894384739

Genozid-Planspiele

Der gewöhnliche Faschismus ist in Deutschland wieder gesellschaftsfähig. Wie sonst lässt sich erklären, dass hiesige Medien und Politiker ihn nicht erkennen, selbst wenn er ihnen ins Gesicht starrt? Der ukrainische Ministerpräsident Arsenij Jazenjuk spricht davon, russische »Untermenschen« zu bestrafen. In Israel fordert der stellvertretende Knesset-Sprecher Mosche Feiglin in einem Brief an Ministerpräsident Benjamin Netanjahu eine »Lösung« für die Palästinenser in Gaza, wonach all jene, die sich einer Deportation widersetzen, »konzentriert« und »exterminiert« werden sollen. Einen größeren Aufschrei gibt es deswegen weder in Israel noch in Deutschland. Genozidplanspiele gehören offensichtlich zum Zeitgeist. Das erklärt auch, warum der israelische »Journalist« Jochanan Gordon am 1. August in The Times of Israel lang und breit über die Vorteile eines Genozids an den Palästinensern schwadronieren konnte– bevor er sich später wortreich entschuldigte.

Deutsche Politiker und Medien entdecken Rechtsextremisten und Faschisten nur noch bei Parteien wie dem französischen Front National, der britischen UKIP oder der deutschen AfD, die aus den unterschiedlichsten Gründen den Euro und die Großmachtträume der Eurokraten ablehnen. Mit der im Hinblick auf die eben Zitierten vergleichsweise moderaten Fremdenfeindlichkeit dieser Parteien kann das nicht erklärt werden. Deren Ankläger aus Politik und Medien ignorieren jedenfalls im gleichen Atemzug die täglichen, aus Rassenhass geborenen Verbrechen und Massaker ihrer faschistischen Freunde in der Ostukraine und in Gaza.

Zum Glück sind viele britische Medien auf dem faschistischen Auge noch nicht so blind wie die deutschen. »Israelischer Politiker fordert Konzentrationslager für Gaza« , titelte z.B. The Mail in der vergangenen Woche. Sie ging auf Feiglins Plan »zur Vernichtung aller (Hamas-)Kämpfer und deren Unterstützer« ein, wobei das Blatt an der Verkommenheit der Machthaber in Israel keinen Zweifel aufkommen ließ. Dass mit den zu vernichtenden »Unterstützern« der »Hamas-Terroristen« praktisch alle Bewohner Gazas gemeint sind, hatte zuvor Genozidapologet Gordon in seinem Artikel deutlich gemacht: Im Gegensatz zu den Medienmeldungen gebe es in Gaza keine »unschuldigen« zivilen Opfer, denn »jeder, der im Umkreis von Raketenabschussrampen oder von Eingängen zu den Terrortunnels wohnt, kann nicht als unschuldiger Zivilist angesehen werden«.

Genozidplaner Feiglin ist kein verwirrter Einzeltäter, sondern ein aufsteigender israelischer Politiker, der erst im Januar 2013 in die Knesset gewählt wurde. Laut Umfragen vom Mai liegt er unter den beliebtesten Politikern der Likud-Partei auf Platz vier. Kommentator Dennis Mitzner vom »libertären« »Freie Marktwirtschaft«-US-Blog reason.com meint, Feiglins Plan könnte trotz der »moralische Fragen«, die er aufwirft, den meisten Israels »leicht zu verkaufen sein«.

Quelle: JungeWelt (Rainer Rupp) / 14.08.2014

Ukraine: Faschistische Kräfte wieder salonfähig

Interview mit Kai Ehlers, Journalist, Hamburg

FJ: Faschistische Traditionen erleben seit einigen Jahren vor allem in osteuropäischen Ländern, die früher Teil der Sowjetunion waren, eine Renaissance. Die Ehrung des Nazi-Kollaborateurs Bandera in der Ukraine gehört dazu ebenso wie die seit Jahren regelmäßig erfolgenden Gedenkmärsche von SS-Veteranen in Riga. Dieses geht einher mit einer massiven Russophobie. In welchem politischen Kontext sind diese Ressentiments zu sehen?

KE: Dahinter stehen sehr komplexe Entwicklungen. Die genannten Länder waren früher Bestandteil der Sowjetunion, die mit starker Kraft antiimperialistische bzw. antikoloniale Bewegungen unterstützte, während sie zugleich, sagen wir im Gegensatz zu Europa, später den USA, innere, in die russische Identität integrierte Kolonien hatte.. Nach der Implosion der UdSSR richtete sich die vorher so gebundene Kraft gegen Russland als Kern des vorherigen Sowjetimperiums. An der Peripherie – zunächst vor allem im Baltikum – gab es nun politische Kräfte, die meinten, eine nachholende Entkolonialisierung gegen den früheren Kolonialherrn durchführen zu müssen. Zusammen mit dem zunehmenden Übergang von einer unipolaren zu einer multipolaren Welt ergeben solche nationalstaatlichen Bestrebungen heute ein explosives Gemisch. In der Ukraine wird aktuell dieser antikoloniale Prozess mit nationalistischer Ideologie nachgeholt.

FJ: Für eine zusammenfassende Analyse der Vorgänge, die zum Sturz der Regierung Janukowitsch in Kiew führten, ist vielleicht auch ein Vergleich mit den zivilgesellschaftlichen Protesten gegen Putin in Moskau angebracht, die Ende 2011 nach der Duma-Wahl erfolgten. Auch dabei gab es - wie in Kiew - massive westlicher Unterstützung. Warum sind diese Proteste im Ergebnis anders verlaufen?

Auch bei dieser Frage muss man weit ausholen. 1991 wurde die sowjetische Staatlichkeit pulverisiert einschließlich der Sozialstrukturen. Das bedeutete bei der anschließenden Privatisierung, dass alle Sozialstrukturen verfielen und einige Oligarchen das gesamte Volksvermögen an sich reißen konnten. Diese haben das Geld aus den Betrieben herausgezogen, lange Zeit ohne Löhne, Sozialabgaben und Steuern zu zahlen, ohne zu modernisieren. Das Geld ging einfach in die Spekulation. Das führte 1998 zum wirtschaftlichen Kollaps in Russland. In dieser Situation wurde Putin Staatspräsident. Er nahm ab 2000 die Oligarchen an die Leine, womit er den Kapitalismus in Russland halbwegs zivilisierte. Ihm gelang es, die Oligarchen nach ihren Privatisierungsraubzügen endlich wieder zu regelmäßigen Steuerzahlungen zu verpflichten und so das Land wieder zu stabilisieren und ansatzweise eine nationale Identität wieder herzustellen. Damit erklärt sich der bis heute vorhandene Rückhalt von Putin in der russischen Bevölkerung, den auch die 2011 erfolgten Proteste aus dem Mittelstand nicht erschüttern konnten.

In der Ukraine ist das Oligarchentum dagegen noch anarchischer gewachsen. Eine Oligarchenclique löste die andere in der politischen Herrschaft ab. Es gab und gibt bis heute dort keinen Putin, auch von dem seit Anfang Juni amtierenden Staatspräsidenten Poroschenko kann man keine vergleichbare Kurswende erwarten. Er gehört selbst zu den Oligarchen.. Hecht unter Hechten, sage ich dazu. Poroschenko ist aktuell angesichts seiner kostspieligen „Offensive gegen den Terrorismus“ sogar noch mehr unter Druck als seinerzeit Putin. Es ist deshalb auch kein Zufall, dass die Regierung kürzlich u.a. an der Novellierung eines Steuergesetzes scheiterte.

FJ: Eine breite Protestbewegung gegen die herrschenden Verhältnisse in der Ukraine gab es ja wohl in allen Teilen des Landes, nicht nur in Kiew. Was ist nun aber im Westen anders gelaufen als im Osten? Und was ist dort die soziale Basis der Separatistenbewegung?

Die dem Umsturz in Kiew vorausgegangenen Proteste richteten sich in der Tat gegen die herrschenden sozialen Verhältnisse. Der Protest hat jedoch je nach Klassensituation unterschiedliche Richtungen angenommen.

Der Westen ist eher agrarisch geprägt, wie dieses z.B. auch für den Nachbarn Polen zutrifft. Der Osten hingegen hat eine relativ große Industrie und dementsprechend auch eine proletarisch geprägte Bevölkerung. Im Westen konnten sozialen Proteste überlagert werden von nationalistischer und antirussischer Propaganda. Im Osten hingegen war genau dieses kontraproduktiv für die Stimmung in der Bevölkerung und führte zu der prorussischen Separatismus-Bewegung.

FJ: Im Westen wird ja diese Überlagerung mit "prorussisch" begierig aufgegriffen und der soziale Hintergrund völlig ausgeklammert, was der dortigen Bewegung im Osten sicherlich nicht gut getan hat.

KE: Es hat auch der sozialen Bewegung im Westen der Ukraine nicht gutgetan, hat dort die faschistischen Elemente gestärkt. Je länger die Eskalation des Bürgerkriegs dauert,droht jetzt im Osten auch eine Militarisierung der Situation, die nationalistischen Tendenzen Vorschub leistet.

FJ: Wer bezahlt eigentlich den militärischen Arm der Separatisten im Osten, denn entgegen der hierzulande vorherrschenden Propaganda ist die Einflussnahme Russlands doch wohl recht begrenzt?

KE: Auch die Kämpfe des Anti-Maidan erfordern selbstverständlich nicht nur Waffen, sondern ebenfalls Geld. Politische Aktivitäten benötigen nun mal Geld. Angesichts der anhaltenden Differenzen zwischen den verschiedenen Clans der Oligarchen dürfte klar sein, dass es nicht nur im Westen, sondern auch im Osten potente inländische Unterstützer gibt. Aus Solidarkassen von Kumpels und Stahlarbeitern, deren Spitzenlöhne bei 200 € im Monat liegen, lassen sich die Ausgaben einer „Republik“ Donezk oder Lu-

gansk jedenfalls nicht allein bezahlen – jedenfalls nicht die von den Basis-Interessen der Donbasser Industrie-Arbeiterschaft sich loslösenden hochfahrenden Pläne eines russisch-orthodox ausgelegten „Novorossia“. Durch deren Nationalismus kommen die progressiven Kräfte zunehmend in Bedrängnis.

FJ: Alle Zeichen stehen nun vor allem durch Staatspräsident Poroschenko und die Regierung in Kiew auf Eskalation - insbesondere seit dem Flugzeugabsturz MH17. Warum?

KE: Der Grund ist banal, wenn man hier eine Ratio sucht. Poroschenko hätte prinzipiell ja die Option gehabt, eine Regionalisierung bzw. Föderalisierung der Ukraine zu unterstützen, um das Problem zu entschärfen. Aber genau dagegen geht er an, weil das die von der EU und den USA gewünschte Marktöffnung behindern würde. Der eigentliche Inhalt des EU-Assoziierungsabkommens ist ja die Öffnung des ukrainischen Wirtschaftsraumes und Poroschenko lässt sich hierfür instrumentalisieren.

FJ: Insbesondere auf russischer Seite wird an der Rolle faschistischer Kräfte in der Ukraine heftige Kritik geübt. Inwieweit ist dabei im post-sowjetischen Russland noch die Tradition des früher so genannten "Großen vaterländischen Krieges" präsent, der ja darin bestand, in dem Widerstand und letztlichen Zerschlagung des deutschen Faschismus die Hauptlast zu tragen? Gibt es noch wirklich Antifaschismus in Russland?

KE: Die Frage ist sehr diffizil. Schauen wir zunächst auf die Ukraine. Dort haben wir natürlich auch Relikte des "Vaterländischen Krieges" wir haben aber auch eine Differenzierung der Entwicklung – einerseits z.B. die verbalen Entgleisungen von Timoschenko nach dem Progrom in Odessa Anfang Mai.

Andererseits haben vor allem die Menschen im Osten und Süden der Ukraine die Tradition an ihre Kinder weitergegeben, d.h. der postulierte Antifaschismus ist wirklicher Antifaschismus, auch wenn dabei natürlich viele plakative Aussagen zu finden sind, die eher formelhaft propagandistisch daher gesagt werden.

Wenn Putin von einem faschistischen Regime in der Ukraine spricht, ist das sicherlich ein Stück Propaganda, wobei man allerdings sehen muss, dass Putin andererseits auch eher mäßigend auf Kräfte im eigenen Land einzuwirken versucht hat, die diese Sichtweise übertrieben herausposaunen.

Aufs ganze Land hin gesehen hat die Aufregung um die Krim in Russland sicherlich alte antifaschistische Strukturen reaktiviert - auch auf Regierungsebene. Man muss dazu die politische Situation Russlands sehen. Nachdem seit 1991 ein ständiges Zurückweichen gegenüber dem Westen erfolgte, wurden erstmals 2008 in der kriegerischen Auseinandersetzung mit Georgien und jetzt mit dem Krim-Konflikt Pflöcke vor allem gegen die Expansion der NATO gesetzt, die sich sonst direkt vor Sewastopol aufbauen könnte. Wenngleich die Krim-Krise in Russland vor allem eine nationalistische Welle erzeugt hat, war diese sicherlich von dem alten antifaschistischen Impuls getragen.

FJ: die Zuspitzung in der Ukraine entwickelt sich zu einem Problem für den Weltfrieden. Warum hat der Konflikt eine solche Relevanz und was ist hierbei besonders hervorzuheben?

KE: Die Ukraine-Krise steht im Kontext der globalen Krise des Kapitalismus. Dass man sich heute wieder in offener und unverhüllter Form des Faschismus zur Steuerung von Krisensituationen in besonders betroffenen Ländern bedient, ist für mich das eigentlich erschreckende. Die Zeiten, in denen sich das neoliberal organisierte Kapital demokratischer Kräfte bediente, scheint ihrem Ende entgegen zu gehen. Offen faschistische Kräfte sind wieder salonfähig.

Das Interview führte Karl-Heinz Peil

Rechte Söldner in der Ukraine

Kiews Problem in den eigenen Reihen

Die Anschuldigungen Moskaus, dass in der Ukraine Faschisten ihr Unwesen treiben und Russen bedrohen, sind nicht völlig unbegründet. Im "Asow Bataillon" kämpfen sogar Ausländer dafür, den "weißen Mann" in dem Land zum Sieg zu führen.

Die Lage in der Ostukraine ist nicht erst seit dem Absturz von Flug MH17 schwer einschätzbar und durchsetzt von gegenseitigen Anschuldigungen zwischen Russland und dem Westen. Meldungen über rechtsextreme Kämpfer aufseiten der proukrainischen Truppen, sowohl aus dem eigenen Land als auch aus dem Ausland, sorgen zunehmend für weitere Spannungen und eine Verkomplizierung der Verhältnisse.

So berichtet die britische BBC über einen schwedischen Scharfschützen, der mit dem sogenannten Asow-Bataillon gegen die Separatisten kämpft. Mikael Skilt sei ein ehemaliger Angehöriger der Schwedischen Armee, auf dessen Kopf mittlerweile ein Preisgeld von 5000 Euro ausgesetzt sein soll.

Skilt, der nach eigenen Angaben Kommandant einer Aufklärungseinheit ist, bezeichnet sich selbst als Nationalist. Seine Ansichten gleichen jedoch eher denen eines typischen Neonazis.

"Es kommt auf die Sichtweise an", sagt Skilt auf die Frage nach seiner politischen Gesinnung. "Ich wäre ein Idiot, würde ich nicht sagen, dass ich das Überleben weißer Menschen sichern will." Seit dem Zweiten Weltkrieg sei es schwer, zu sagen, "ich bin weiß und stolz darauf". Er ist auch gegen die Durchmischung "weißer Rassen" mit Juden. Sein nächstes Vorhaben sei es, in Syrien für Präsident Assad zu kämpfen, da dieser dem "internationalen Zionismus" die Stirn biete.

Diese Sichtweise sei im Asow-Bataillon weit verbreitet, meint Skilt, auch wenn man generell nicht viel über Politik spreche. Einige könnten durchaus "Nationalsozialisten" sein und trügen Hakenkreuze, doch auch ein Liberaler sei in der Truppe: "Keine Ahnung, was den hierher verschlagen hat", fügt er hinzu. […]

Quelle: www.n-tv.de / 25.07.2014

Rechtspopulismus unter der Lupe

Phillip Becher: Rechtspopulismus (Basiswissen Politik / Geschichte / Ökonomie)
PapyRossa, ISBN 978-3-89438-511-8, 124 Seiten, 9,90 €

Während man den Faschismus mit seinen historischen und aktuellen Erscheinungen durchaus in eine nachvollziehbare Definition einbringen kann, ist dieses beim Rechtspopulismus erheblich schwieriger. Bis heute werden damit noch Biertischreden assoziiert, wie z.B. die berühmt-berüchtigten Aschermittwochsreden von Franz-Josef-Strauß aus den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts. Die Analyse der heutigen Erscheinungsformen ist deshalb keine leichte Aufgabe. Der Sozialwissenschaftler Phillip Becher hat sich intensiv damit befasst und eine Studie vorgelegt, die sich mit der Geschichte und den aktuellen Ausprägungen in Europa und den USA beschäftigt.

Fotomontage: Im Geiste vereint: Wahlplakate der NPD, von Pro NRW und AfD, Quelle: http://www.muellermanfred.de

Notwendig ist aus seiner Sicht zunächst mal die begriffliche Trennung: Was ist rechts bzw. extrem rechts und was ist (rechter) Populismus? Und wo liegt die ideologische Abgrenzung einerseits zum (Rechts-)Konservatismus und andererseits zum (Neo-)Faschismus? Analysen dazu gibt bereits seit den Zeiten von Franz Josef Strauß, wie der Autor unter Bezug auf Reinhard Opitz verweisen kann:

Rechtspopulismus [kann] als eine sich in das Kontinuum des Rechtsextremismus einfügende und in Wechselwirkung mit anderen rechten Strömungen stehende Bewegung verstanden werden, die sich anschickt, eine »parlamentsfähige Massenbasis für administrativ-autoritäre Politik« im Spannungsfeld »zwischen Partei und Sammlungsbewegung« herzustellen.

Phillip Becher bringt nach einer zusammenfassenden Darstellung früherer Analysen eine Übersicht der rechtspopulistischen Strömungen in Europa seit 1945, insbesondere in Frankreich, Österreich, Dänemark, Italien und Belgien sowie in den USA.

In der Analyse der Gegenwart kommen andere Länder hinzu, wie die Niederlande und die Schweiz. Recht ausführlich geht Phillip Becher dann natürlich auf die deutschen Verhältnisse ein, das von einem anderen Autor vor Jahren noch als „rechtspopulistisches Entwicklungsland“ bezeichnet wurde. Mittlerweile ist mit der „pro“-Bewegung und der Partei „Die Freiheit“ vor allem in NRW bei Kommunal- und Landtagswahlen eine beunruhigende Entwicklung zu verzeichnen. Etwas differenzierter stellt sich die Analyse der „Alternative für Deutschland“ dar, wo für Rechtspopulismus typische Politikansprachen im Hinblick auf „law and order“ und die Feindschaft gegenüber Muslimen bisher fehlen.

Ein eigener Abschnitt in dem Buch gilt der Analyse der „Tea-Party“-Bewegung in den USA, da hiervon unverkennbar erhebliche Einflüsse auch auf die internationale Politik der USA ausgehen. Interessant ist die „Tea Party“ als quasi-Fraktion innerhalb der Republikaner in den USA auch insofern, als dass hier die Zerrissenheit der gesellschaftlichen Eliten deutlich wird. Dieses zeigt sich konkret in der finanziellen Unterstützung durch das „Big Business“, das in großen Teilen die „Tea Party“ unterstützt, während andere Teile des Finanzkapitals bewusst den Kurs von Obama unterstützen.

Die länderübergreifenden Gründe für das Aufkommen rechtspopulistischer Strömungen liegen im Neoliberalismus, was vom Autor an mehreren Stellen des Buches thematisiert wird. Hinzu kommen die aktuellen Wirkungen seit Ausbruch der Finanzkrise. Phillip Becher liefert hierzu keine abschließenden Antworten, sondern beschränkt sich auf vorsichtige Bewertungen, die anhand der weiteren Entwicklungen verfolgt werden müssen. So heißt es in seinem abschließenden Resümee u.a:

Ob mit der Krise der Jahre 2007 ff., wie es Georg Fülberth (2011) für möglich hält, tatsächlich eine systemische Krise eingetreten ist, die die Transformation des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus hin zu einer anderen Kapitalismus-Variante eröffnen könnte, ist zurzeit ebenso wenig absehbar wie die Frage, ob – wie von anderen Autoren vertreten – damit einhergehend bereits auch die Hegemonie des Neoliberalismus gebrochen wäre. Durch seine enge Verzahnung mit jenem lässt sich die Frage nach dem Schicksal des Rechtspopulismus aufwerfen.

Natürlich stellt das Buch mit einem Umfang von knappen 124 Seiten kein Kompendium der weltweit auftretenden rechtspopulistischen Strömungen dar. So fehlt z.B. Osteuropa mit den Entwicklungen nach dem Zerfall der Sowjetunion. Andererseits wird die Entwicklung in Ungarn relativ ausführlich dargestellt, da sie durch eine spezifische politische Kräftekonstellation bestimmt ist, in der neben einer starken, seit 2010 mit einer parlamentarischen Zweidrittelmehrheit allein regierenden rechtspopulistischen Partei Fidesz noch die neofaschistische Oppositoinspartei Jobbik agiert.

Zu erwähnen wäre noch, dass sich am Ende des Buches allein 16 Seiten mit Literaturhinweisen finden, was den riesigen Umfang an Recherchen des Autors dokumentiert, die er sehr kompakt zusammen gefasst hat. Phillip Becher empfiehlt sich mit seinem Buch auch als Referent für Diskussionsveranstaltungen, die es künftig sicherlich häufiger geben muss, um sich aktuellen Entwicklungen auf diesem Gebiet zu stellen. Das Buch wurde bereits 2013 veröffentlicht und hat vor allem nach den Ergebnissen der EU-Wahlen und der Landtagswahl in Sachsen eine erhöhte Aktualität gewonnen.

Karl-Heinz Peil

Fotos: Dortmund, 30.4.2014 - Kundgebung der Partei "Die Rechte" am Vorabend des Ersten Mai (mit Gegendemonstration)
Quelle: Arbeiterfotografie.com

Autoritärer Kapitalismus

Europäische Antifaschisten diskutierten Ursachen des Stimmenzuwachses für extreme Rechte bei den Europawahlen. »Komitee der Wachsamkeit« gefordert

Wie hat es zu diesem Fiasko kommen können? Die Debatte über die Ursache des Stimmenzuwachses für neofaschistische und rechtspopulistische Kräfte bei den Europawahlen muss dringlich geführt werden. Darüber waren sich Vertreter der Mitgliedsorganisationen der antifaschistischen Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) aus Frankreich, den Niederlanden, Griechenland und Ungarn einig. Die Analyse des Phänomens war Thema einer Veranstaltung zu »Neofaschismus und Rechtspopulismus in Europa« am Freitag in Frankfurt am Main. Veranstalter war die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten, die am Wochenende ihren Bundeskongress abhielt, in Kooperation mit dem örtlichen DGB und dem Studienkreis Deutscher Widerstand 1933–1945.

»Niemals haben wir uns solchen unsäglichen Naziauftritten entgegenstellen müssen«, beklagte die Französin Anita Baudouin. Hinter der Wahlentscheidung der Franzosen, Marine Le Pens Front National mit 25 Prozent der Stimmen ins EU-Parlament einziehen zu lassen, vermutet sie einen »Zustand der Hoffnungslosigkeit verbunden mit Arbeitslosigkeit« sowie »zunehmenden Konkurrenzkampf und Individualismus«. In Frankreich habe das kurz vor der Europawahl angekündigte neoliberale Sparprogramm Wirkung getan, stimmte sie mit Kees van der Pijl aus den Niederlanden überein. Löhne einfrieren, Renten reduzieren, Steuern senken: Diese drastischen Wirtschaftsreformen, ausgerechnet vom sozialistischen Präsidenten François Hollande in Aussicht gestellt, hätten viele enttäuscht.

Dass die neofaschistische Goldene Morgendämmerung nun mit knapp zehn Prozent als drittstärkste griechische Kraft ins Europaparlament einziehen kann, führte der Grieche Gregorius Touglides darauf zurück, dass »die Arbeiterklasse sich nicht genügend gegen den Kapitalismus gewehrt hat«. Für triumphale Wahlerfolge der Faschisten trügen sozialdemokratische Parteien Mitverantwortung, da sie das internationale Kapital unterstützt hätten.

Die Polizei in Griechenland bediene sich fleißig der Goldenen Morgendämmerung, um Mitglieder derselben in linke Demonstrationen einzuschleusen und dort Krawalle anzuzetteln. Er betonte »die fatale Rolle« der Massenmedien: Die hätten etwa die rechtsradikale Partei freundlich begleitet, wenn diese Essenspakete an Arme verteilt habe – nur an Griechen, nicht an Migranten.

In Ungarn sei die Situation besonders schlimm, so David Tucker von der ungarischen Vereinigung der Widerstandskämpfer und Antifaschisten (MEASZ). Die dortigen Rechtsparteien Fidesz und Jobbik kamen bei der Europawahl zusammen auf rund 66 Prozent der Stimmen. Die Ursache hierfür sieht Tucker in der Enttäuschung über die ehemalige linksliberale Regierung: Wer früher für sie gestimmt habe, wähle nun mitunter die rechtsradikale Jobbik, die Rassismus als Antwort auf alle Probleme anbiete. Die Frage aus dem Publikum, ob Ungarn zum Polizeistaat tendiere, verneinte Tucker. Die Polizei mache ihre Aufgabe, habe 2006 rechte Aufmärsche in die Grenzen verwiesen. Sie greife nur dann hart durch, wenn die Regierung dies anweise. Ein desillusionierendes Bild oppositioneller Bewegungen in Ungarn zeichnete Tucker. Das Klima sei von Angst geprägt: geschwächte, kraftlose Gewerkschaften; Roma-Vereine, die kaum ihre Stimme erheben würden, einzig damit beschäftigt, ihr Überleben über die nächsten Tage zu sichern. Das Fernsehen sei bereits Ziel von Attacken der Faschisten geworden.

Der niederländische Politikwissenschaftler van der Pijl sieht ein »im Zusammenbruch begriffenes System« auf dem Weg zum autoritären Kapitalismus. Für antifaschistische Kräfte sei es an der Zeit, »sich auf eine ernste Schlacht vorzubereiten«. Wirtschaftswachstum sei nicht mehr zu erwarten, Faschismus aber werde aus Verelendung geboren. Die EU werde zunehmend mit kapitalistischer Macht identifiziert. Jegliche Opposition von links werde als Terrorismus diffamiert. Wie ist Neofaschismus und Rechtspopulismus entgegenzutreten? Als Gegenmacht, damit nicht aggressiver Nationalismus profitiert, schlägt van der Pijl ein aus außerparlamentarischen Kräften bestehendes »Internationales Komitee der Wachsamkeit« vor: getragen von Künstlern, Gewerkschaftern, Umweltaktivisten, Intellektuellen, Kirchenleuten etc.

Quelle und weitere Infos: (4.6.2014)
www.ag-friedensforschung.de/themen/Rassismus1/eu.html

Antifaschismus in Deutschland heute

von Ulrich Schneider, Bundessprecher der VVN-BdA, Generalsekretär der FIR, Kassel

Gegen Neofaschismus und rassistische Gewalt

Vor allem aufgrund rassistischer Gewalttaten entwickelte sich in den 90er Jahren eine Auseinandersetzung im antifaschistischen Spektrum zwischen denjenigen, denen es mit ihren Aktionen vor allem darum ging, öffentlich ihre Ablehnung der extremen Rechten zu dokumentieren, und denjenigen, die als strategischen Ansatz auf die direkte Verhinderung von Naziaufmärschen zielten, was insbesondere von der autonomen Antifa vertreten wurde.

Ist es das Ziel antifaschistischer Arbeit, ein möglichst breites politisches Bündnis – zumeist unter Einbeziehung von Teilen der etablierten Parteien und gesellschaftlichen Kräfte – anzustreben oder sollte antifaschistisches Handeln auf die unmittelbare Unterbindung von Naziaktionen orientieren? Dabei ging es auch um die Frage, ob man gemeinsam mit denjenigen, die die politische Verantwortung für den Abbau des Grundrechts auf Asyl trugen, ehrlich gegen rassistische Übergriffe oder ausländerfeindliche Aufmärsche der Neonazis protestieren könne. Diese Frage ist eine bleibende Herausforderung für antifaschistische Bündnispolitik bis heute. In den Augen derjenigen, die auf höhere Militanz setzten, waren insbesondere »Lichterketten« nur »bürgerliche Selbstdarstellung«. Für die Befürworter dieser Aktionsform waren sie die Eingangstüren für erste Erfahrungen mit demonstrativen Aktionen gegen Rassismus und extreme Rechte. Dass sie nicht ausreichen würden, um das Grundrecht auf Asyl zu schützen, war allen klar. Aber damit sammelten Menschen, die oftmals noch nie politisch aktiv gewesen waren, erste Erfahrungen im Handeln gegen Rechts. Bis heute ist es an vielen Beispielen erfahrbar, dass Bündnisse wie »Bunt statt braun« oder »Unsere Stadt stellt sich quer« in der Lage sind, Menschen ganz unterschiedlicher politischer Orientierung gemeinsam gegen die extreme Rechte auf die Straße zu bringen, ohne dass sie bereits überzeugte Antifaschisten wären.

Dass sich aus solchen Ansätzen auch weitergehendes politisches Engagement entwickeln kann, wurde in den vergangenen Jahren im Zusammenhang mit den Naziaufmärschen zum 13. Februar in Dresden sichtbar. Der breite gesellschaftliche Protest entwickelte über mehrere Jahre eine Dynamik, in der auch die Teilnehmenden der »Menschenkette« praktisch Teil eines Blockadekonzeptes wurden, so dass selbst die Offiziellen der Stadt ihren bisherigen Konfrontationskurs abschwächen mussten. Offensiv heißt es heute in den antifaschistischen Aufrufen: »Blockieren ist unser Recht!«

NPD mit Steuergeldern finanziert

Eine neue Situation für antifaschistische Strategien ergab sich durch die Präsenz von neofaschistischen Parteien in Länderparlamenten. Nach der NPD Ende der 60er Jahre und den REPs Ende der 80er errangen Ende der 90er Jahre die DVU und später die NPD vor allem in den neuen Bundesländern Landtagsmandate. Damit ist zwar kein direkter Einfluss auf die Landespolitik verbunden, jedoch bietet der Landtag den Nazis eine Plattform für öffentliche Auftritte und Provokationen, wie sie insbesondere die sächsische NPD praktiziert (So bezeichnete der sächsische NPD-Abgeordnete Jürgen Gansel in einer Landtagsdebatte im Januar 2005 das alliierte Bombardement auf Dresden von Februar 1945 als »Bombenholocaust« u.a.). Gleichzeitig hat die Parlamentsarbeit neben der Wahlkampfkostenerstattung eine massive Finanzierung der Naziorganisationen mit staatlichen Mitteln zur Folge. So wird die NPD – ausweislich ihres Finanzberichtes – zu mehr als 50 Prozent aus Steuergeldern finanziert.

„Verfassungsschutz“ als Neonazi-Sponsoren

Seit Anfang November 2011 hat sich die öffentliche Wahrnehmung neofaschistischer Gewalt und der Rolle der Staatsorgane und insbesondere der Geheimdienste in der Auseinandersetzung mit dieser Gefährdung der Demokratie grundsätzlich verändert. Mit dem Bekanntwerden der Zwickauer Terrorzelle des »Nationalsozialistischen Untergrunds«, der in einem Zeitraum von 10 Jahren neun Migranten und eine Polizistin ermordete und zahlreiche Anschläge und Banküberfälle beging, zeigte sich eine völlig neue Dimension der neofaschistischen Szene.

Dabei geht es nicht allein um das Ausmaß der Verbrechen – immerhin fanden in den vergangenen zwanzig Jahren in der Bundesrepublik über 175 Menschen als Opfer faschistischer und rassistischer Gewalt den Tod. Besonders erschreckend ist die Rolle der Landesämter und des Bundesamtes für Verfassungsschutz, die so tief mit den neofaschistischen Strukturen und ihrer Gewalt verquickt sind, dass allein bis Sommer 2012 drei Präsidenten von Verfassungsschutzämtern zurücktreten mussten. Durch Presseveröffentlichungen und parlamentarische Untersuchungsausschüsse wurde offenkundig, dass der Verfassungsschutz selber einen erheblichen Anteil am Aufbau neofaschistischer Strukturen hatte, dass seine so genannten V-Leute nur gut alimentierte Nazis sind, die mit öffentlichen Geldern faschistische Aktivitäten organisieren konnten. Alle nachträglichen Rechtfertigungsversuche wurden durch Dokumente und Belege konterkariert, die zeigten, dass durch diese Einrichtungen kein Schutz des demokratischen Gemeinwesens, sondern ein Schutz der faschistischen Täter stattgefunden hat.

Diese Vorgänge warfen ein völlig neues Licht auf die Entwicklung und die Wirksamkeit neofaschistischer Organisationen sowie auf die staatlichen Reaktionen. Die Erklärungen der Innenminister der Länder, man könne die V-Leute in der Naziszene nicht abschalten, da diese sonst »in den Untergrund« gehe, wurde brutal widerlegt, waren doch eben solche V-Leute direkt mit den faschistischen Mördern verbunden. Und die Skandale um die Datenvernichtung in den Verfassungsschutzämtern deuten an, welche direkten Drähte die Geheimdienste in die

neofaschistische Szene hatten und wahrscheinlich noch haben.

Beispiel für Wirksamkeit antifaschistischer Politik

Die Schlagkraft antifaschistischer Gemeinsamkeit wurde in den letzten Jahren mehrfach unter Beweis gestellt. Eine Initiative, die, von der VVN-BdA initiiert, im Verlauf der Aktion eine hohe Eigendynamik entwickelt hat, war die »nonpd-Kampagne«. Als der NPD-Verbotsantrag durch das Bundesverfassungsgericht zurückgewiesen wurde, verkündeten Regierung und Politiker, dass nun auf juristischer Ebene nichts mehr zu machen sei. Dagegen startete die VVN-BdA 2007 eine Unterschriftenkampagne, in der die Abgeordneten des Deutschen Bundestags per Unterschrift zur Einleitung eines neuen NPD-Verbotsverfahrens aufgefordert wurden. Innerhalb eines Jahres unterzeichneten 175 000 Menschen, und 2009 folgten in einer zweiten Kampagne über 5000 Stellungnahmen für ein NPD-Verbot. In dieser Kampagne konnten Vorbehalte, mit diesem Aufruf würde man die Verantwortung für antifaschistisches Handeln an den Staat delegieren, ausgeräumt werden. Ähnlich wie engagierte Antifaschisten beim von Bundeskanzler Gerhard Schröder propagierten »Aufstand der Anständigen« den »Anstand der Zuständigen« einforderten, ging es auch bei dieser Kampagne darum, die Abgeordneten aller Parteien an ihre politische Verantwortung zu erinnern. Und so haben viele Menschen aus allen Bundesländern diese Aktion auch verstanden. Das Logo der Kampagne fand weite Verbreitung; es tauchte bei antifaschistischen Aktivitäten als Transparent, als Plakat oder in eigenständigen Veröffentlichungen anderer Organisationen auf. »In der Kampagne 2007 zeigte sich, dass viele Bürgerinnen und Bürger mehr zu geben hatten, als nur ihre Unterschrift. Sie teilten ihre Erfahrungen, Erlebnisse, Einschätzungen und ihre Wünsche mit«, resümierte die VVN-BdA. Viele Menschen wurden so ermutigt, ihren Protest gegen die NPD auszudrücken und ihrem Anliegen eine gemeinsame Stimme zu geben.

Zukunftsentwurf Antifaschismus

Da Antifaschismus sehr unterschiedliche politische Zugänge hat, verbindet sich mit diesem Konzept kein geschlossenes Gesellschaftsmodell. Wenn man dennoch von einem Zukunftsmodell Antifaschismus spricht, dann sollte sich dieses an den gemeinsamen Überzeugungen der Nazigegner unterschiedlicher Couleur in der unmittelbaren Nachkriegszeit orientieren.

Wenn man als wesentliches Ziel formulierte, den Nazismus mit seinen Wurzeln zu vernichten, verband man damit gesellschaftspolitische Vorstellungen, wie sie dann beispielsweise in der Hessischen Landesverfassung von 1946 mit der Sozialisierung der Infrastruktur, der Schlüsselindustrien, der Banken und Versicherungen ihren Niederschlag fanden. Und wenn es im Ahlener Programm der CDU hieß, dass der Kapitalismus den Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden sei, wird sichtbar, wie weitgehend antikapitalistische Überzeugungen den antifaschistischen Konsens der Nachkriegszeit prägten. Dabei war die Ablehnung kapitalistischer Wirtschaftsstrukturen mit der Erkenntnis verbunden, dass unkontrollierte wirtschaftliche Macht unkontrollierte politische Macht bedeutet und dies in verhängnisvoller Weise zu Faschismus und Krieg, zu Zerstörung und Elend nicht nur im Deutschen Reich, sondern auch in allen von ihm angegriffenen Ländern geführt hat. Damit ist klar, dass antikapitalistische Überzeugungen originärer Bestandteil antifaschistischer Orientierung sind, ohne diese jedoch zur Voraussetzung für antifaschistisches Handeln zu machen.

Solche Grundprinzipien verbinden Antifaschisten heute mit dem Eintreten für unmittelbare Ziele: Sie setzen sich ein

- für die Erhaltung und die Erweiterung demokratischer Rechte und Freiheiten,
- für die Ausweitung der politischen und gesellschaftlichen Mitwirkungsmöglichkeiten,
- insbesondere bei zwischenstaatlichen Konflikten für friedliche Konfliktlösungen, die abgehen von militärischer Dominanz und Durchsetzung imperialer Interessen,
- für den Auf- und Ausbau einer solidarischen Gesellschaft, die keine rassistischen oder sozialen Ausgrenzungen zulässt und soziale Sicherungssysteme entwickelt, die allen ein menschenwürdiges Leben ermöglicht. Dazu gehören das Recht auf Arbeit und Wohnung, die Verwirklichung umfassender sozialer Gerechtigkeit sowie des Rechts auf Asyl und die Hilfe für Flüchtlinge,
- für die Anerkennung der historischen Leistungen der Frauen und Männer aus dem antifaschistischen Widerstand, für ein angemessenes Gedenken der Opfer des Faschismus und damit für die Entwicklung eines antifaschistischen Geschichtsbildes.

Antifaschisten haben heute auch die Verantwortung, die Erfahrungen des antifaschistischen Kampfes zu bewahren und weiterzugeben. Es gilt, im Sinne der historischen Erfahrungen einzutreten für eine soziale, demokratische, humane und friedliche Gesellschaft. So heißt es im Schwur von Buchenwald vom 19. April 1945:

»Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel. Das sind wir unseren gemordeten Kameraden, ihren Angehörigen schuldig.«

Der Text ist ein redaktionell bearbeiteter Auszug aus dem Buch des Autors: Antifaschismus - erschienen im Papyrossa Verlag in der Reihe Basiswissen Politik / Geschichte / Ökonomie 136 Seiten, 9,90 EUR. ISBN-978-3-89438-543-9

Anmerkung zum Titelbild dieser Ausgabe:
Die Ausstellung der VVN-BdA „Neofaschismus in Deutschland“ wurde seit 2010 bereits an 150 Orten in Deutschland gezeigt. Neben den Nazistrukturen werden dort auch ideologische Stichwortgeber aus den bürgerlichen Partien benannt, woraus sich bereits mehrfach politische Kontroversen ergeben haben.

Antifaschismus konkret am Beispiel Dortmund

von Ulrich Sander, Dortmund, Bundessprecher der VVN-BdA

Die Auseinandersetzung zwischen Antifaschismus und Antimilitarismus einerseits und Nazismus/Neonazismus und Kriegstreiberei andererseits vollzog sich in Dortmund bis zur Zäsur von 1989/90 ähnlich wie in der ganzen Republik. Es galt der Schwur von Buchenwald in seiner Kurzform „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg".

Foto: Straßenblockade aufgrund eines Neonazis-Aufmarsches am 3.9.2011 – Quelle: Flickr / Martin Juen

Das Ringen um Frieden und Freiheit und gegen Nazismus waren eins. Nazismus, das waren vor allem die alten Kräfte des Krieges und des Faschismus, die in der Bundesrepublik wieder aufsteigen durften. Diese waren vielfach im Staatsapparat und im Militär verankert oder bekamen Pensionen, von denen Antifaschisten nicht mal träumen durften. Sie wurden vielfach politisch verfolgt und wegen des Widerstandes gegen die Wiederbewaffnung – man nannte es wieder Landesverrat – eingesperrt. Die 68er stellten dann ihre Väter- und Großvätergeneration zur Rede. Bis Ende der 80er Jahre schieden die letzten alten Nazis aus dem Staatsapparat aus – aus biologischen Gründen. In Dortmund war die Besetzung der Polizei mit alten Nazis besonders gravierend. Die Arbeiterbewegung stellte sich in besonderem Maße den Nazis entgegen, - einhellig war der Widerstand gegen die NPD-Auftritte in der Stadt, die jedoch von der Polizei begünstigt wurden, ebenso wie die Auftritte der neuen faschistischen Kühnen-Richtung (Borussen-Front, FAP)

Antifaschistische Kräfte: nur begrenzt vereint

Ab 1990 bot sich auch den Dortmunder Neonazis in der untergegangenen DDR ein großes Betätigungsfeld. Die rechten Kader kehrten dann 2000 zurück und machten sich bemerkbar: drei Morde an Polizisten, die nie geahndet wurden, weil der Haupttäter sich das Leben nahm. Im Herbst 2000 dann der erste große Aufmarsch der bundesweiten Naziszene. Die Antifaschisten und die bürgerlichen Demokraten waren sich einig, diesen Bestrebungen entgegenzutreten. Uneinig waren sie, was den Legalismus der Nazis anbetraf: Jene, die nur die „politische Auseinandersetzung" bei Gewährenlassen der Nazis mit Hilfe der Polizei wollten, kamen in großer Zahl auf dem Hansaplatz zusammen; die VVN-BdA unterstützte dies, veranstaltete aber zuvor mit dem neuentstandenen Bündnis „Dortmund gegen Rechts" eine Kundgebung auf dem Platz von Leeds, autonome Kräfte demonstrierten danach auf den Wällen und reihten sich nicht auf dem Hansaplatz ein. Letztere wurden dann von der Polizei eingekesselt und brutal stundenlang eingepfercht.

Nichtbeachtung von Nazis – bei zunehmender Gewalt

Es folgten ungefähr fünf Jahre mit nachlassender bürgerlich-demokratischer oder zivilgesellschaftlicher Aktivität gegen die immer stärker werdende militante Naziszene: Es sei besser, die rechte Szene nicht durch zuviel Aufmerksamkeit aufzuwerten. So wurden die terroristischen Qualitäten der Nazis verkannt; es geschah in dieser Zeit ein Mord eines „unpolitischen" Nazis an einem autonomen Jugendlichen und an einem türkischen Kioskbesitzer, später als NSU-Opfer erkannt. Der etablierte und der linke Antifaschismus waren gespalten. Die unterschiedliche Bewertung der Polizeipolitik war dafür der offen erkennbare Grund. Der DGB wanderte ins bürgerliche Lager, denn man dürfe doch die Kollegen von der Polizeigewerkschaft nicht in ihrem schweren Amt allein lassen. Zudem haben sich autonome Antifaschisten nie ganz mit der Bezugnahme auf das Grundgesetz anfreunden können, wie sie der traditionelle, noch mit dem Widerstand und den Erfahrungen und Errungenschaften von 1945-1949 verbundene Antifaschismus praktizierte. Dazu sagten wir: Das Grundgesetz und seine antifaschistisch-antimilitaristische Aussagen, so in Artikel 14/15, 26 und 139 galt und gilt es zu befolgen, Faschisten sind zu verbieten, das waren und sind die Positionen von Bündnis Dortmund gegen Rechts und VVN-BdA wie auch DKP, Partei Die Linke.

Ab 1999: Kriegsrhetorik in der bürgerlichen Mitte

Doch auch ein weiterer inhaltlicher Grund für die Nichtübereinstimmung aller antinazistischen Kräfte in der Stadt lag vor. Die sich zivilgesellschaftlich nennenden Kräfte blieben nicht so zivil, wie sie sollten. SPD und Grüne wurden 1999 Kriegsparteien, die CDU und FDP folgten gerne, der DGB und die Kirchen widersprachen nicht.

Doch mit der Aufnahme einer verlogenen Friedensrhetorik in die Thematik der Aufmärsche der Nazis begann sich der Wind zu drehen. Hatten SPD- und Grüne Minister 1999 die Parole ausgegeben: „Nie wieder Auschwitz" bedeutet nicht mehr gleichzeitig Nie wieder Krieg, im Gegenteil, so kehrte mit den „nationalen Antikriegstagen" der Rechten nach und nach auch das „Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus" bei Gewerkschaftern und vielen Sozialdemokraten zurück – wenn auch die Hauptlosung „Unsere Stadt sei bunt statt braun" blieb – und nicht etwa konsequent in „Bunt statt Braun und Olivgrün" umbenannt wurde.

„Nationaler Antikriegstag" in Dortmund

Das lag aber auch daran, dass die Nazis ihre Kriegsbefürwortung tarnten.

Sie marschierten am Antikriegstag 1. September; aber nicht weil das der Tag des Überfalls auf Polen 1939 war, sondern weil am 2. September 1939 Großbritannien als Polens Verbündeter offiziell in den Krieg eintrat. Ab 2007 hielt der Dortmunder DGB wieder mit eigenen Antikriegstagskundgebungen dagegen.

Die Nazis und die anderen Rechtsextremen sind – und da unterscheiden sie sich nicht von den Vertretern der offiziellen deutschen Militärpolitik, – für eine starke Bundeswehr, gegen Abrüstung, für den „Kampf um deutsche Interessen". Sie drängen in die Bundeswehr, allein schon um das „Waffenhandwerk" zu erlernen. Sie sind zahlreich in den Reservistenverbänden vertreten. Sie stehen in der Tradition der Hitler-Wehrmacht. Sie wollen die Grenzen in Europa ändern und Land im Osten zurückholen.

Neonazis für ein neues Großdeutschland

„Gegen eine von der extremen Rechten imaginierte Funktion der Einkreisung als Mittel der Schwächung und Niederhaltung Deutschlands fordert sie Deutschlands ‚Lebensrecht' und Mission," schreibt Prof. Fabian Virchow (Universität Düsseldorf) in seiner Studie über „Internationale Beziehungen und Militär in den politischen Konzeptionen der extremen Rechten", die er unter dem Titel „Gegen den Zivilismus" herausbrachte (Wiesbaden 2006). Die mit der „kleinstdeutschen Einheit vom Rhein zur Oder" verbundenen Gebietsverluste werden beklagt: „Was ist schon ein Deutschland ohne Schlesien, Ostpreußen, Österreich oder Südtirol?" (S. 112 bei Virchow) Die extreme Rechte, so Virchow, strebt mit ihrer Friedensrhetorik die Durchsetzung eines völkisch-arrondierten und mit umfassenden Gewaltmitteln ausgestatteten Groß-Deutschland an. „Dieses soll nach weitreichender Militarisierung von Militär und Gesellschaft als imperiale europäische Ordnungsmacht und weltpolitisch als Gegenpol gegenüber den USA auftreten."

Die VVN-BdA erklärte angesichts „friedenspolitischer Aktivitäten der neuen Rechten nach Beginn des Konfliktes in der Ukraine, der vom Westen, insbesondere von den USA, angeheizt wird:

"Mit der sogenannten ‚Friedensbewegung 2014' und ihren Montagsmahnwachen ist der Versuch verbunden, eine rechtspopulistische bzw. neurechte Bewegung auch zur Desavouierung der klassischen Friedensbewegung zu installieren."

Das Jahre währende „Gedenken" der rechten Szene in Dresden - „Gedenken an die deutschen Opfer", wofür sie Revanche wollen – und die seit Jahren in Dortmund zelebrierten „Nationalen Antikriegstage" dieser Szene, aber auch die „Montagsmahnwachen" ab März 2014, das sind dreisteste „Diskurspiraterien" (nach der Übernahme linker Diskurse und Themen wie Antikapitalismus, Sozialpolitik und Interessenvertretung). Denn die Rechten sind wie eh und je für den Krieg, nur nicht für die gegenwärtig von Deutschland mit geführten US- und Israelfreundlichen Kriege. Voraussetzung des Friedens sei der Sieg des „nationalen Sozialismus", und im „gelobten Land Israel" seien dann „ja alle im Himmel" (Siegfried Borchardt, alter Neonazikader aus Dortmund in einer „Friedensrede"). Auf die feinere Art betätigen sich die neurechten „Friedensfreunde" in der Diskurspiraterie. Hinter allen Kriegen stehe das Finanzkapital, angeführt von der Fed-Bank der USA mit ihren jüdischen Bankern.

Erstmals haben sich ältere Antifaschisten in den Jahren 2008 und 2009 diesem Treiben mit sowohl antifaschistischen als auch antimilitaristischen Äußerungen entgegengestellt. Eine „Aktion 65 plus" führte am 6. September 2008 in Dortmund einen 700köpfigen spontanen Demonstrationszug an. Am 5. September 2009 war eine erneute derartige Aktion erforderlich. Der Blockadegedanke war enttabuisiert. Nunmehr rufen auch Politiker zu Blockaden auf. Es bildete sich „blockaDo", die breiteste, zumeist jugendgeführte Aktion, – die allerdings den Nachteil hat, dass sie sich inhaltlich nicht auf einen Aufruf für den Frieden einigte und vom Mitführen von Fahnen und Transparenten absah. Dies ist nicht im Sinne von „65 plus" Denn die 65plus- Erklärung lautete u.a.:

„Aktion 65 plus – Wir haben es erlebt. Nie wieder. Bombennächte. Ständige Angst. Hausdurchsuchungen. Die Eltern im KZ. Verwandte sterben im Krieg. Nachbarn mit dem gelben Stern werden abgeholt. Nachts träumen wir davon. Die Nachfolger der Nazibande, die das verschuldete, erheben wieder ihr Haupt. Jahr für Jahr kommen sie nach Dortmund. Sie rufen „Nie wieder Krieg" und fügen hinzu: „ ... nach unserem Sieg, dem Sieg des ‚nationalen Sozialismus'". Das Maß ist voll. Sie reden von Frieden, Antikapitalismus, ja Sozialismus. Das taten Hitler und Goebbels auch. Es kam zum furchtbarsten aller Kriege. Zur schlimmsten Form des Kapitalismus: Nicht nur Ausbeutung durch Arbeit, sondern Vernichtung durch Arbeit. Es kam zur Versklavung und zum Holocaust.

NPD international vernetzt

Die NPD und andere Nazigruppen betreiben umfassende „Ostkontakte" zu faschistischen Gruppen in Polen, der Ukraine, Russland und anderswo, wobei sich der Schwerpunkt mal von den Gruppen in Kiew hin zu jenen in Moskau verlagert. Indem die ukrainischen Faschisten mit Hilfe des Westens in die Regierung in Kiew gelangten, ist erstmals ein Pakt der EU- und NATO-Behörden mit Faschisten geschmiedet worden, ein Pakt, der innerhalb Deutschlands noch nicht möglich erscheint. Der Vorgang erinnert an die Zeit ab 1949, da die westlichen Alliierten, vornehmlich die USA, mit NSDAP-Kadern paktierte, um ein Bollwerk gegen die Sowjetunion aufzubauen. Nun wird wieder ein aggressives Bollwerk gegen Moskau errichtet. Und Faschisten erhalten darin ihren Platz.

NPD-Verbot ist notwendig!

Gleichzeitig liegt dem Bundesverfassungsgericht ein Antrag des Bundesrates vor, die NPD als verfassungsfeindlich zu verbieten. Ein solches Verbot ist unbedingt erforderlich, allein um Standards des höchsten Gerichts zu schaffen, die auf Naziparteien anzuwenden sind. Und in Dortmund? Dort haben sich vor einem Jahr die damals verbotenen Nazigruppen sofort wieder in einer Partei „Die Rechte" eingefunden, um das Parteienprivileg zu nutzen. Nationale und internationale Standards gegen Rechts sind erforderlich.

Weitere Infos:
www.nrw.vvn-bda.de

Wer verteidigt im Gaza-Krieg was?

von Werner Ruf, Bundesausschuss Friedensratschlag, Edermünde
Redetext vom 4.8.2014 auf einer Kundgebung des Kasseler Friedensforums

Wir stehen heute hier in Solidarität mit den über 7.000 israelischen Demonstrantinnen und Demonstranten, die vergangene Woche auf dem Rabin-Platz in Israels Hauptstadt Tel Aviv gegen den mörderischen Krieg in Gaza demonstriert haben. Sie sind dort aufgestanden gegen ihre Regierung, gegen die israelische Armee, gegen Gewalt und Mord, wie sie Begleiterscheinung eines jeden Krieges sind. Trotz brutaler Angriffe von national-religiösen Extremisten und Faschisten haben sie demonstriert gegen Hass und gegen den Bruch des humanitären Völkerrechts in diesem fürchterlichen Morden, das die Bevölkerung des Gazastreifens seit fast vier Wochen trifft. Mit diesen mutigen Menschen in Israel solidarisieren wir uns!

Foto: Demonstration vom 26.7.2014 in Hamburg, Quelle: Flickr

Ja, das humanitäre Völkerrecht wird von beiden Seiten verletzt, sieht es doch vor, dass Zivilisten, unschuldige Menschen, vor allem Frauen und Kinder von Kampfhandlungen verschont bleiben sollten. Da ist zunächst festzustellen, dass die Geschosse aus dem Gaza-Streifen – meist Raketen genannt – so ungenau sind, dass sie auch unbewaffnete und unbeteiligte Zivilisten treffen können. Die In-Kauf-Nahme ziviler Opfer ist zweifellos eine Verletzung des humanitären Völkerrechts. Diesen Geschossen gegenüber steht eine Armee, die in den gängigen militärischen Handbüchern als die viert- oder fünftstärkste Armee der Welt genannt wird. Diese Armee verfügt über die militärtechnisch perfektesten Mittel zur Kriegführung und damit auch zur Zielerkennung. Und dessen rühmt sich diese Armee, die sich selbst „die moralischste Armee der Welt“ nennt.

Zum Kriegsvölkerrecht gehört neben dem absoluten Schutz der Zivilbevölkerung auch das Prinzip der Verhältnismäßigkeit: Die Zahl der in Gaza getöteten Zivilisten erreicht inzwischen fast die Zahl von 2.000 Menschen – von den vielen Tausenden unsäglich Verwundeten, lebenslänglich Verstümmelten, meist sind es Kinder, ganz abgesehen. Wo ist hier die Verhältnismäßigkeit?

Und wo bleiben die Grundsätze, denen zufolge nur Bewaffnete Ziel militärischer Aktionen sein dürfen?

Israel hat gezielt spielende Kinder am Strand mit Raketen zerfetzt. Israel bombardiert Krankenhäuser, Wohnhäuser, Moscheen, Schulen – stets unter der Behauptung, die im Gaza-Streifen regierende Hamas benutze die Bewohner, die Krankenhäuser, die Schulen, die Moscheen als „menschliche Schutzschilde“. Doch Israel hat bisher keinen Beweis erbracht, dass diese Einrichtungen als Basen für den Abschuss von „Raketen“ genutzt wurden.

Israel hat inzwischen sieben von den Vereinten Nationen betriebene Schulen im Gaza-Streifen bombardiert, in denen 240.000 Flüchtlinge – das ist fast ein Sechstel der in diesem Elendsgebiet lebenden Menschen mit ihren Kindern - Schutz gesucht haben, weil sie glaubten, Israel würde wenigstens diese unter internationaler Hoheit und Leitung stehenden Einrichtungen verschonen. Diese Schulen wurden vom UN-Flüchtlingswerk errichtet. Sie stehen in jenen Flüchtlingslagern, die entstanden, als 1948 Hunderttausende Palästinenser und Palästinenserinnen gewaltsam vertrieben wurden. Diese Schulen hatten, um die Flüchtlinge zu schützen, der israelischen Armee die GPS-Daten ihrer Lage übermittelt, da sie hofften, so Schutz vor den Bombardierungen durch „die moralischste Armee der Welt“ zu erhalten – dennoch wurden sie – nun schon zum siebten Male - bombardiert, mit Raketen und Panzern angegriffen. Man wagt kaum zu denken, dass die übermittelten GPS-Daten für die Zielprogrammierung genutzt worden sein könnten.

Die israelische Regierung und ihre Armee haben bisher nicht einen Beweis erbracht, der ihre Behauptung stützen würde, dass Einrichtungen der Vereinten Nationen, Krankenhäuser, Moscheen genutzt worden wären, um Abschussrampen von Geschossen zu verstecken. Auch muss man sich fragen, ob Zigtausende israelische Soldaten, die vor Ort sind – und täglich werden weitere Zehntausende von Reservisten eingezogen – nicht in der Lage sein müssten, diese Verdachtsmomente vor Ort zu überprüfen, anstatt zielgenau jene Einrichtungen zu beschießen, die nach den Genfer Konventionen unter besonderen Schutz der Kriegsparteien stehen?

Israelische Bomben haben das einzige Kraftwerk des “größten Freiluftgefängnisses der Welt“ zerstört, mit der Folge, dass auch für Krankenhäuser kein Strom mehr zur Verfügung steht, dass die Wasserversorgung (und die Abwasserentsorgung), die immer prekär waren, zusammengebrochen sind. Die einzige Abwasser-Entsorgungsanlage ist komplett zerstört. Die beiden Meerwasser-Entsalzungsanlagen:
Komplett zerstört. Die beiden Trinkwasser-Reservoirs: Komplett zerstört. Die israelische Armee hat zwei der sieben Krankenhäuser in diesem Elendsstreifen komplett zerstört, drei weitere sind schwer beschädigt. Seuchen drohen auszubrechen. Zu Recht nennt die Hochkommissarin der UN-Menschenrechtskommission, Navy Pillay, das israelische Vorgehen einen Verstoß gegen das humanitäre Völkerrecht, der ein Kriegsverbrechen darstellen könne!

Was haben die massenhaften Tötungen und Verstümmelungen von Zivilisten mit der Bekämpfung militärischer Ziele zu tun? Was hat die Zerstörung jeder Art von Infrastruktur, die für das Überleben der Menschen unverzichtbar ist, mit Verteidigung zu tun? Dies ist Krieg gegen die Menschen, ein Verbrechen, das international geächtet ist – doch die Welt schaut zu.

Die USA liefern weiterhin Waffen, Mordwerkzeuge! Genauso unsere Bundesregierung. Schafft das Sicherheit oder schafft das neue Bedrohungen? Diese Bundesregierung, die allenthalben den Schutz der Menschenrechte als oberstes Ziel ihrer Politik benennt und durch den Mund des Bundespräsidenten erklärt, Deutschland müsse „mehr Verantwortung" tragen, sieht dem Morden tatenlos zu. Die Bundeskanzlerin, die zu Beginn des Krieges erklärt hat, Israel habe das Recht auf Verteidigung, ist seither verstummt. Ich möchte fragen: Sieht so Verteidigung aus?

Heißt Verteidigung, dass alle einschlägigen internationalen Konventionen, das Völkerrecht, das Kriegsvölkerrecht, die Genfer Konventionen mit Füßen getreten werden dürfen? Ich möchte dieser Bundesregierung den Satz des ersten Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, Heinz Galinski, in Erinnerung rufen, der sagte: „Ich habe Auschwitz nicht überlebt, um zu neuem Unrecht zu schweigen."

Die Doppelbödigkeit deutscher Politik ist unerträglich! Rolf Verleger, Hochschullehrer in Lübeck und vormals Mitglied des Zentralrats der Juden in Deutschland, hat dies hervorragend auf den Punkt gebracht.

„Mich beschleicht bei solchen Politiker-Äußerungen ein Verdacht. Die meisten Deutschen waren in der Nazi-Zeit Mitläufer: Sie sahen das Unrecht an den Juden, aber sie taten nichts dagegen … Könnte es sein, dass diese Mitläufer-Mentalität die eigentliche Konstante in der deutschen Politik ist? Ich meine, ich lebe gerne in Deutschland, auch deswegen, weil heute ein ehrliches allgemeines Bedauern darüber zu spüren ist, was im deutschen Namen den deutschen und europäischen Juden angetan wurde. Aber ist es nicht ziemlich billig, die Schuld bei den eigenen verstorbenen Vorfahren zu belassen und auf Gedenktagen zu zelebrieren und gleichzeitig aktuelles Unrecht zu rechtfertigen? Ist das nicht Mitläufer-Mentalität? …

Glauben deutsche Politiker wirklich, es sei eine Wiedergutmachung der Ermordung meiner Verwandtschaft, dass nun Israel haltlos und bindungslos alles machen darf, was ihm so gerade einfällt? … Statt Antisemitismus herbeizureden, sollten unsere Politiker und Medien mit ihrem Mitläufertum bei dem aktuellen Unrecht aufhören."

Und hier meine ich ausdrücklich auch jene, die hier mit Israel-Fahnen ihre Solidarität mit Israel bekunden und Besorgnis um die Sicherheit des Staates Israel zu ihrem Leitmotiv machen: Müssen wir uns nicht fragen, ob Sicherheit erst dann gewährleistet ist, wenn auch der Andere in Sicherheit lebt?

Israel kann Sicherheit finden, wenn die Palästinenser in Sicherheit leben – vor Bombardierungen, vor systematischem Landraub, vor der willkürlichen Verhaftung von palästinensischen Bürgern, vor Administrativhaft, der Verhaftung ohne Anklage, ohne Gerichtsverfahren, ohne Verurteilung? Israel kann Sicherheit erlangen, wenn auch die Palästinenserinnen und Palästinenser und ihre Kinder in Sicherheit und unter menschenwürdigen Bedingungen leben können – sei es in einem eigenen Staat oder als gleichberechtigte Bürger in einem gemeinsamen Staat, ohne Diskriminierung aufgrund von Herkunft oder Religion?

Gerade denen, die hier für die Sicherheit Israels demonstrieren, rufe ich zu: Solidarisieren Sie sich mit jenen Israelis, die gegen Krieg, Bomben und Mord – z. T. unter Gefahr für Leib und Leben - demonstrieren! Appellieren gerade Sie an die israelische Regierung, dem Morden Einhalt zu gebieten: So können sie Sicherheit gewinnen – auch und gerade für den Staat Israel und für die gesamte Region: Sicherheit ist nur zu erreichen, wenn Menschen in Würde leben können – nebeneinander und schließlich miteinander!

»Tod den Arabern und den Linken«

Im Schatten des Gaza-Kriegs lassen Israels Rechte die Sau raus

Auf palästinenserfeindlichen Demonstrationen in Israel hört man immer öfter den Sprechchor: »Morgen fällt in Gaza die Schule aus, es sind keine Kinder mehr übrig«. Araber, die zufällig den Weg der aufgeputschten Menge kreuzen, leben gefährlich. Zwei Zwanzigjährige wurden am vergangenen Freitag im besetzten Ostjerusalem von israelischen Jugendlichen, die mit Eisenstangen und Baseballschlägern bewaffnet waren, bis zur Bewußtlosigkeit verprügelt. In Haifa wurden in der vorigen Woche der stellvertretende Bürgermeister, ein Araber, und sein Sohn von einem jüdischen Mob unter Rufen wie »Tod den Arabern« und »Tod den Linken« brutal zusammengeschlagen. Polizisten sahen tatenlos zu. Für einen arabischen Bürger Israels kann schon der Versuch, sich gegen solche Angriffe zu verteidigen, vor Gericht enden.

Das politische Spektrum des jüdischen Israel rückt schon seit Jahren immer weiter nach rechts. Und unter den Rechten wächst, zumal gegenwärtig vor dem Hintergrund des Kriegs gegen die Bevölkerung des Gazastreifens, die Neigung zu menschenverachtenden, verbrecherischen und nicht selten auch mörderischen Phantasien.

Mordechai Kedar, Dozent für arabische Literatur an der Bar-Ilan-Universität in Tel Aviv, malte sich bei Facebook aus, daß man die Schwestern und Mütter mutmaßlicher »Terroristen« vergewaltigen solle. Anders könne man die Täter nicht abschrecken, denn »das ist die Kultur, in der wir leben«.

Eine noch radikalere »Lösung« aller Probleme mit den Palästinensern schlug die Knesset-Abgeordnete Ajelet Schaked von der rechtsextremen Regierungspartei Habajit Hajehudi (Jüdisches Heim) vor: Man solle die Mütter festgenommener »Terroristen« töten, »damit sie keine weiteren Terroristen gebären können«. Ebenso solle man auch mit den Müttern der im Kampf gefallenen Palästinenser verfahren. Nachdem ihre Ideen internationale Aufmerksamkeit erregt hatten, behauptete die Parlamentarierin, sie sei »fehlinterpretiert« worden, und außerdem sei es typisch, daß mal wieder den Juden die Schuld gegeben werde. […]

Quelle: JungeWelt (Knut Mellenthin) - 31.7.2014

FRIEDENSBLÄTTER

Seite des Friedensnetzes und des Förderverein Frieden e.V. Baden-Württemberg im Friedensjournal Spreuergasse 45, 70372 Stuttgart; 0711 6368240

für die Friedensbewegung in Baden-Württemberg www.friedensnetz.de / buero@friedensnetz.de

100 Jahre Erster Weltkrieg:
Aktionen für den Frieden heute

Das Stuttgarter Netzwerk “100 Jahre Erster Weltkrieg. Die Waffen nieder! Jetzt!”, nahm den Gedenktag zum Anlass, mit Straßenaktionen daran zu erinnern und darüber hinaus das Thema der Waffenproduktion und die Beteiligung der Bundeswehr an weltweiten, kriegerischen Auseinandersetzungen anzuprangern.
Das schwäbische Unternehmen Heckler & Koch aus Oberndorf am Neckar stellt das Sturmgewehr G3 her, 1959 als Standardgewehr in der Bundeswehr eingeführt, das weltweit millionenfach vertrieben wird. Die Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) wählte ein zerbrochenes G3-Gewehr als ihr Logo. Auf dem Stuttgarter Schlossplatz wurde dieses Gewehr symbolisch zertrümmert.

Ebenfalls auf dem Schlossplatz führte eine Theatergruppe Rekrutierungsszenen auf. Die anfängliche Begeisterung der jungen Soldaten und die überschwängliche Verabschiedung durch ihre Frauen schlug sehr schnell um, als die Armee in einen mörderischen Stellungskrieg verwickelt wurde. Dieses dramatisierte die Theatergruppe mit Hilfe von Briefen und Postkarten, aus denen die SchauspielerInnen eindrucksvoll vorlasen. Die Kriegsgewinnler und die Rüstungsindustrie kamen in dem kleinen Straßentheaterstück ebenso zur Sprache.

Einen weiteren Aktionsraum konnte man am Ende der Königsstraße entdecken. Wo die Königsstraße in die Eberhardstraße übergeht, erlebten die Passanten einen ganz anderen Übergang der Aktionskünstlerin Loubna Forer. Einen, der in eine dreckige, mit blutüberströmten Leichen ausgestattete Schützengrabeninstallation führte, aus der die Künstlerin die Passanten direkt über ein Megaphon ansprach. Ein Totentanz durfte dabei nicht fehlen.

aus: www.lerchenflug.de/elsternest

In Stuttgart und Tübingen hatte die Gesellschaft Kultur des Friedens zu Friedenskundgebungen aufgerufen.
In verschiedenen Redebeiträgen von VertreterInnen der Friedensbewegung wurde eine politische Lösung anstatt militärschem Eigreifen bei den kriegerische Auseinandersetzungen wie z.B. im Irak, in der Ukraine, Afghanistan und Syrien angemahnt. Waffenexporte in diese Kriegsgebiete müssen nicht nur verboten, sondern auch umfassend kontrolliert werden. Die Leidtragenden seien auf allen Seiten die Zivilbevölkerung, wie die mehr als 50 Millionen Flüchtlinge zeigen.
Die weltweite Waffenindustrie sei zu einem Kriegsgeschäft geworden und die „neuen“ Kriege werden mit Kampfdrohnen geführt. Das Töten würde über enorme Investitionen in Technik und Elektronik perfektioniert - trotz den Erfahrungen von 100 Jahre erster Weltkrieg und 75 Jahre zweiter Weltkrieg.
Die Bundestagsabgeordnete Heike Hänsel kritisierte die Äußerungen von Bundespräsident Gauck mit dem zweifelhaften Ruf nach mehr "internationaler Verantwortung Deutschlands". Mehr internationale Verantwortung angesichts von zwei Weltkriegen dürfe nicht zu einer Militarisierung der Außenpolitik führen, sondern zur Stärkung einer echten Friedensdiplomatie, Ausbau des zivilen Friedensdienstes und Unterstützung für Kriegsflüchtlinge und Deserteure."

Foto: Eine Aktion des Friedensrat Markgräflerland zu den Europawahlen